

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Konsequenzen aus der gewalttätigen Silvesternacht 2022/2023 ziehen – Taten statt Worte!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert:

- 1.) Die Berliner Polizei sowie die Berliner Feuerwehr unverzüglich flächendeckend mit Dashcams und Bodycams auszustatten.
- 2.) Bei besonders schwerwiegenden oder öffentlichkeitswirksamen Angriffen auf Einsatzkräfte ein beschleunigtes Verfahren der Strafverfolgung zu entwickeln und umzusetzen, so dass die Strafe auf dem Fuße folgt.
- 3.) Eine Bundratsinitiative einzuleiten, um die Mindestfreiheitsstrafe für Angriffe auf Einsatzkräfte, die in einen Hinterhalt gelockt worden sind, auf ein Jahr anzuheben.

Begründung:

Die Ereignisse der Silvesternacht 2022/2023 sind beispiellos und belegen die fehlende gesellschaftliche Wertschätzung und den mangelnden Respekt gegenüber unseren Einsatzkräften. Offenbar haben sich in Berlin Milieus entwickelt, die dem Staat und seinen Institutionen nur noch Verachtung entgegenbringen.

So wurden beispielsweise in Lichtenrade Einsatzkräfte an einer brennenden Barrikade von Vermummten mit Latten und Pfefferspray angegriffen. An der Hermannstraße in Neukölln wurde ein Löschfahrzeug durch den Beschuss von Pyrotechnik stark beschädigt und konnte in dieser Nacht nicht mehr eingesetzt werden. Bei anderen Einsätzen wurden Feuerwehrleute mit Schreckschusspistolen bedroht und beschossen.

Seit Jahren verweigert der Senat unseren Einsatzkräften eine zeitgemäße Ausstattung. Statt Bodycams, Tasern und Videoüberwachung gibt es eine politisch-korrekte Sprachfibel. Das zeigt, wie rot-grün-rote Wertschätzung aussieht.

Statt bloßen Worten der Anteilnahme schlägt die CDU-Fraktion daher das obenstehende Maßnahmenpaket vor, welches umgehend umgesetzt werden muss.

Das Thema Bodycams wird bereits seit Längerem vom Senat aufgeschoben. Bereits im April 2022 brachte die CDU-Fraktion einen Entwurf zur Änderung des ASOG ein, der die dauerhafte und flächendeckende Etablierung von Bodycams forderte. Dieser wurde von den Koalitionsfraktionen mit der fadenscheinigen Begründung einer noch ausstehenden Evaluation abgelehnt. Dabei werden in den meisten Bundesländern und bei der Bundespolizei bereits seit Jahren Bodycams genutzt – und haben sich bewährt. Auch wenn bereits zuvor der Bedarf des Einsatzes von Bodycams in Berlin deutlich erkennbar war, hat die Silvesternacht 2022/2023 eindeutig gezeigt, dass sich Berlin hierbei kein Zögern mehr leisten kann.

Der Vorschlag zur Etablierung eines beschleunigten Verfahrens bei schwerwiegenden oder öffentlichkeitswirksamen Angriffen auf Einsatzkräfte ist ebenfalls nicht neu: Im Freistaat Bayern wird seit 2020 ein solches angewendet: Besonders schwerwiegende oder öffentlichkeitswirksame Taten werden von besonderen Ansprechpartnern bei Polizei und Staatsanwaltschaften identifiziert und beschleunigt bearbeitet. Die Polizei gibt den ausermittelten Vorgang möglichst schon 14 Tage nach der Tat an die zuständige Staatsanwaltschaft ab. Auch die Staatsanwaltschaft bearbeitet den Fall beschleunigt. Durch eine eng abgestimmte und zeitnahe Presse- und Öffentlichkeitsarbeit soll zudem eine präventive Wirkung in der Öffentlichkeit erzielt werden. Das dieses System diese Wirkung auch tatsächlich erzielt, zeigen die Zahlen zur verbalen und körperlichen Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte, die im Jahr 2021 im Vergleich zu Jahr 2020 in Bayern um 8,9 Prozent gesunken sind. Ein solches System ist ohne weiteres auch für Berlin umsetzbar und würde darüber hinaus auch ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung an unsere Einsatzkräfte darstellen.

Seit 2017 werden Angriffe auf Vollstreckungsbeamte und Rettungskräfte durch den geschaffenen § 114 StGB härter bestraft. Die Entwicklung zeigt aber, dass das noch nicht ausreicht. Die Mindestfreiheitsstrafe für Angriffe auf Einsatzkräfte sollte von drei auf sechs Monate und in Fällen, in denen Einsatzkräfte gezielt in einen Hinterhalt gelockt werden, auf ein Jahr angehoben werden. Das wäre auch ein klares Signal an die Polizisten, dass wir ihre Arbeit wertschätzen und sie bestmöglich schützen wollen. Dazu muss der Senat aus den Ereignissen der Silvesternacht 2022/2023 lernen, seiner Verantwortung gerecht werden und eine Bundesratsinitiative zur o.g. Änderung des § 114 StGB initiieren.

Nach den Ereignissen der Silvesternacht 2022/2023 darf es nicht bei wohlfeiler Empörungsrhetorik bleiben. Jetzt geht es darum, ein klares Signal an alle Einsatzkräfte zu senden. Wir brauchen Taten statt Worte. Die Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr verdienen Anerkennung, Respekt und Vertrauen. Wir schätzen ihre Arbeit und wollen sie bestmöglich schützen.

Berlin, 2. Januar 2023

Wegner Balzer
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU